Nr. 195 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 7. August 192

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Liefer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060
Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Hoffnungen der Entente und Hoffnungen Sowjetrußlands

Die französische und die englische Presse melden in auffallender Uebereinstimmung, daß die Russen keine wesentlichen Fortschritte gemacht hätten. Sehr wahrscheinlich sind diese Meldungen von den französischen und englischen amtlichen Stellen in Warschau zurechtgemacht worden, um die Panikstimmung zu bändigen, die vor allem in Frankreich herrscht. Daß sich der Vormarsch der Russen von Zeit zu Zeit verzögert, ergibt sich schon aus gewissen Gründen sowie aus der Notwendigkeit, die Operationen einheitlich zusammenzufassen und zu leiten.

Aus Berichten von Reisenden, die erst vor wenigen Tagen Nordrußland verlassen haben, ist zu entnehmen, daß die Stimmung im bolschewistischen Heer für unbedingte Fortsetzung des Krieges in Polen sei. Moskau habe noch kein Machtwort gesprochen, um den Vormarsch zu hemmen. Wenn es geschieht, bleibt noch abzuwarten, ob die Roten Heerführer sich ohne weiteres fügen. Moskau dürfte dieser Lauf der Dinge nicht unwillkommen sein. Fällt Warschau, ist mit der Ausrufung einer polnischen Räterepublik zu rechnen. Dann braucht die Moskauer Regierung dann nicht mehr einen Finger zu rühren, weil die polnischen Gesinnungsgenossen schon alle Vorbereitungen getroffen haben. Diese Entwicklung wird die Krise zuspitzen, so daß Moskau sich nicht weigern kann und wird, mit der „Sowjetregierung" in Warschau Frieden zu schließen. So erklärt sich, warum Tschitscherin die Einladung Lloyd Georges unbeantwortet ließ. Er wollte sich nicht festlegen, da Moskau mit der Umwandlung Polens in eine Sowjetrepublik rechnet.

Daß die „Times" angesichts dieser Zuspitzung der Krise nicht müßig bleiben würde, war zu erwarten. Statt des fälligen Leitartikels gegen die östliche Politik Lloyd Georges wartet sie am 5. August mit einer Enthüllung über ein deutsch-russisches Geheimabkommen auf und die „Times" sorgen dafür, daß die französische Presse den gleichen Unsinn veröffentlicht. Der Inhalt des Geheimabkommens, so wie ihn die „Times" wiedergeben, ist so dumm, daß er zu den schlechtesten Erfinderleistungen des Cirkulates gehört. Es wird Moskau nicht einfallen, Deutschland in Polen freie Hand zu lassen, ganz abgesehen davon, daß Deutschland nicht über die Truppen verfügt, die zu einer Besetzung notwendig wären, und wenn diese schon vorhanden wären, so denkt Deutschland nicht daran, sich auf irgendwelches militärisches Abenteuer einzulassen. Trotzdem die Meldung so unwahrscheinlich ist, daß sie auch dem „Times" nicht geglaubt würde, hat die deutsche Regierung ihr ausdrücklich widersprochen.

Soll irgendeine Erklärung für die dummdreiste Erfindung der „Times" gegeben werden, so kann es nur sein, mögliche Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland zu stören. Diese Verhandlungen können nach Lage der Sache nur rein wirtschaftlicher Natur sein, und gerade deshalb muß Deutschland wünschen, daß die Brandherde im Osten endgültig und für immer ausgelöscht werden. Die Polen waren es, die den Krieg in die Ukraine trugen. Heute stehen die Russen vor Warschau, um morgen vielleicht den Schutz über die polnische Räterepublik zu übernehmen. Die Furcht vor diesem Unternehmen, die durch die französische und englische Politik heraufbeschworen worden ist, ist es auch, die die westliche Presse veranlaßte, aus der einfachen Verteidigung des russischen Vormarsches neuen Mut zu schöpfen. Allein das Studium der Karten sollte schon genügen, um das Törichte dieser Hoffnungen einzusehen.

Die militärische Lage läßt sich zugunsten der Polen nicht wieder so einrenken, daß die Bolschewisten schließlich doch nach London gehen müßten. Polens Material an brauchbaren Truppen ist erschöpft und es versucht unter Bruch des Versailler Vertrages, Soldaten aus Posen und Westpreußen zu pressen. Dazu kommt, daß das Land durch den sechsjährigen Krieg so ausgesogen ist, daß es einen neuen Krieg nicht zu ernähren vermag. Die fruchtbaren Gebiete sind ohnedies schon in den Händen der Russen. Nach der Einnahme Warschaus hat ein militärischer Widerstand überhaupt keinen Zweck mehr, zumal da nicht, wenn es den Russen gelingen sollte, die Eisenbahnlinie Danzig—Warschau zu unterbrechen. Frankreich mag den Willen zur Hilfe haben, aber wer die Etappenlinie durch oder um Mitteleuropa besitzen oder einrichten will, muß über starken Rückhalt an Mannschaften, an wirtschaftlichen und finanziellen Kräften verfügen, und das alles fehlt in Frankreich. Mit einigen tausend Offizieren ist die Kriegslage in Polen nicht wieder herzustellen.

•

Das amtliche Dementi

WTB. Berlin, 5. August. „Petit Parisien" und „Times" bringen am 5. d. M. den Text eines angeblich durch Geheimrat v. Malzahn im Auftrage der deutschen Regierung und Herrn Kopp im Auftrage der Sowjetregierung vereinbarten Vertragsentwurfes über politische und wirtschaftliche Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland in Verbindung mit der militärischen Lage im Osten. In gleicher Weise wird von dem Bureau Havas verbreitet, daß bereits vor der polnischen Offensive ein Geheimvertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestanden habe. Diese beiden Meldungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage und sind frei erfunden. Zwischen Deutschland und Rußland bestehen keinerlei derartige Abmachungen.

•

Erneute Hilferufe der Polen

Genf, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" berichtet aus Warschau: Der polnische Staatsrat hielt Mittwoch nacht eine Sondersitzung ab, um die Lage an der Front zu beraten. Allgemein wird die Situation als in den letzten 48 Stunden kritisch geworden angesehen. Trotz allem wurde Widerstand bis zum letzten beschlossen, gleichzeitig aber ein neuerlicher dringender Aufruf an die alliierten Kabinette gerichtet zur Beschleunigung der den Polen zugesicherten militärischen Hilfe.

× Warschau, 5. August. Die polnische Regierung hat die Führer der englischen und französischen Mission gebeten, persönlich nach London und Paris zurückzukehren, um ihren Regierungen mündlich Bericht über die Lage in Polen zu erstatten. Auch sind die Führer beider Missionen ersucht worden, ihren Regierungen Vorschläge über die Mittel zu unterbreiten, die geeignet wären, die Hilfeleistung für Polen vorteilhaft zu gestalten.

•

Gefährdung Ostpreußens

B. Berlin, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Königsberg wird gemeldet: Zwischen Lyck und Grajevo sammeln die Russen Artilleriemassen. Man sieht jenseits der Grenze das Auffahren schwerer Geschütze. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Russen gegen Ostpreußen Truppen in Bereitschaft setzen für den Fall, daß die Entente den Militärtransport über deutsche Bahnen nach Polen erzwingen sollte. Auch südlich von Neidenburg steht russische Artillerie, während bis dahin nur Kavalleriemassen wahrzunehmen waren.

K. Königsberg, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Einer Meldung aus Graudenz zufolge haben die Russen Skempe, das den Zugang zum polnischen Korridor schützt, schon am Donnerstag vormittag besetzt. Graudenz und Thorn sind als Gefahrenzone erklärt worden. Die Danziger Transportzüge haben schon am Donnerstag den Korridor nicht mehr passiert.

+ Königsberg, 6. August. (Eig. Drahtberich.t) Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, die Bolschewisten rücken an der ostpreußischen Grenze weiter vor. Sie sind jetzt am Flusse Rosoga südwestlich von Ortelsburg und weiter südlich und südöstlich von Ostrolenka angelangt. Dort finden heftige Kämpfe statt. Der Bug ist bei Drogischyn überschritten worden. Die Bolschewisierung und Bandenbildung hinter der Front wird wieder bestätigt. Auch liegen viele Nachrichten vor, daß die Bolschewisten überall die deutschen Kriegsgefangenen über die deutsche Grenze entlassen. Dies tun sie offenbar zu Propagandazwecken. Die Kriegsgefangenen werden, da sie typhus- und ruhrverdächtig sind, interniert.

•

Die unbequeme Neutralität Deutschlands

Genf, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Eine Havas-Depesche meldet am Donnerstag, daß die Unmöglichkeit einer schnellen militärischen Hilfeleistung für Polen auf den Widerstand Deutschlands zurückzuführen sei. Die „übereilte" deutsche Neutralitätserklärung habe zunächst zur Prüfung der Frage führen müssen, ob der Versailler Vertrag den Alliierten das Recht zum Truppendurchzug durch Deutschland gebe. — Der „Temps" meldet, daß Marschall Foch dem alliierten Rat einen Bericht erstattet habe, wonach die militärische Lage in Polen erst an der deutschen Grenze zu wenden sein werde. Marschall Foch hält die schnelle Truppenkonzentrierung der Alliierten an der deutschen Grenze für dringlich, um den Siegesmarsch der Bolschewisten zu hemmen. Die Wiedereroberung Polens sei nur von Deutschland aus aufzunehmen, nachdem das militärische Eingreifen nach dem Fall von Minsk versäumt worden sei.

•

England befiehlt über ganz Europa

Reuter meldet aus London: Auf eine Anfrage Wedgewoods im Unterhause, ob die Alliierten einen Druck auf die Tschecho-Slowakei ausübten, damit diese Polen beistehe, erwiderte Lloyd George, alles hänge von der Antwort ab, die man von Rußland erhalten würde. Wenn die Antwort unbefriedigend sein sollte, werde man selbstverständlich auf jedermann einen Druck ausüben, daß er Polen die nötige Unterstützung leiste. Wedgewood forderte dringend eine Erklärung, daß für den Fall, daß die Antwort unbefriedigend ausfalle, kein Druck auf die Tschecho-Slowakei oder andre Grenzstaaten im Sinne einer bewaffneten Intervention zugunsten Polens ausgeübt werde. Hierauf erklärte Lloyd George, wenn die Antwort unbefriedigend und es völlig klar sei, daß die Sowjetregierung beabsichtige, Polen zu unterdrücken, so sei er bestimmt nicht in der Lage, ein derartiges Versprechen zu geben.

•

Eine englische Note

Reuter meldet: Die englische Note an Rußland spricht zunächst das Erstaunen über das Nichteintreffen einer Antwort auf die englische Mitteilung vom 9. Juli aus. Ferner legt sie dar, daß, wenn die für die Abhaltung einer Konferenz in London festgesetzten Bedingungen auch weiterhin unbeachtet blieben, die Folge der Verzicht auf die Konferenz sein müsse. Wenn die Sowjetregierung bei ihrer Forderung bleibe, daß die polnischen Vertreter ermächtigt werden sollen, nicht allein einen Waffenstillstand, sondern auch den Frieden abzuschließen, so werde die Londoner Konferenz nicht stattfinden. Nach ihrer langen Besprechung mit Lloyd George und Bonar Law sind die russischen Delegierten in London imstande, ihren Vorgesetzten diesen Standpunkt der englischen Regierung deutlich zu machen.

•

Die russischen Vertreter in London

Krassin, Kamenew und die andern Mitglieder der russischen Sowjetdelegation sprachen, wie Reuter aus London meldet, in der Wohnung Lloyd Georges vor und blieben dort beinahe zwei Stunden. Reuter erfährt, daß Lloyd George und Bonar Law die Delegierten empfingen. Die Besprechungen bezogen sich ausschließlich auf die Fortsetzung des bolschewistischen Vormarsches gegen Polen trotz der Eröffnung der Waffenstillstandsverhandlungen. Es verlautet, daß die englischen Minister bei der Unterhaltung ihren Standpunkt sehr deutlich ausgedrückt hätten.

•

Die Polen zum Frieden bereit

Wie verschiedene Blätter aus Warschau melden, hat das polnische Kabinett beschlossen, dem Antrage der Sowjetregierung stattzugeben und unverzüglich in Minsk die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Die polnische Regierung sei bereit, Delegierte nach Minsk zu entsenden für den Fall, daß die Sowjetregierung für einen ungehörten telephonischen und telegraphischen Verkehr der polnischen Delegation mit ihrer Regierung bürgt. Falls eine befriedigende Antwort auf diese Bedingung eintreffe, werde die polnische Friedensdelegation, in der außer der Regierung auch der Reichstag vertreten sein müsse, sofort abreisen.

•

Auf Warschau zu

W. Wien, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Das „Volksblatt" meldet aus Warschau: Im Raume von Praschny, dem Vorgelände von Warschau, wird bereits gekämpft. Die Russen drücken mit größter Uebermacht auf die polnische Front bei Pultusk, die Front von Warschau schützt. Um Chorzele wird mit Erbitterung gekämpft. Auch hier sind die Russen in mehrfacher Uebermacht. — Das „Extrablatt" meldet aus Warschau: Auf dem Wege von Brest-Litowsk nach Warschau ist Siedlez in der Nacht zum Donnerstag von den Russen genommen worden. Vor Kossow sind die roten Vortruppen erschienen. Bei Kolbel, im unmittelbaren Vorgelände von Warschau, finden Artilleriekämpfe statt. — Die Russen haben die Festung Iwangorod besetzt. Die polnische Hauptfront ist südlich von Warschau bis Radom zurückgenommen worden. Das Artilleriefeuer bei Kolbel gilt der Durchbrechung der letzten polnischen Stellung östlich von Warschau.

Basel, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Basler Anzeigers" aus Warschau ist die russische Kavallerie bis Rypin vorgestoßen und steht damit 45 Kilometer von dem Festungsgelände von Thorn entfernt.

•

Das Ziel der Roten Armee

+ Berlin, 6. August. (Eig. Drahtbericht.). In Petersburger leitenden Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß die Offensive der roten Truppen auch nicht durch einen Befehl von Moskau aufgehalten werden könne, ehe nicht Warschau genommen ist. Als sich die Sowjetregierung bereit erklärte, polnische Unterhändler am 31. Juli zu empfangen, hat sie keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Operationen solange fortgehen würden, bis ein zweifelsfreies Ergebnis der Verhandlungen erzielt sei. Alle Gerüchte, die sich innerhalb der Roten Armee über eine revolutionäre Bewegung geltend machen, sind mit Mißtrauen aufzunehmen. Die Stellung Lenins und Trotzkijs, besonders die des letzteren, erscheint heute fester denn je.

•

Kein Waffenstillstand, gleich Friede

Genf, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Eine Havas-Depesche meldet am Donnerstag mittag: Die Russen haben durch Funkspruch die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen mit den Polen, die für morgen vorgesehen war, abgelehnt und verlangen vorher Erklärungen über die den Polen unterbreiteten Grundzüge zu Friedensbesprechungen. Havas meldet weiter: Der russische Funkspruch verzögert nicht allein die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen, sondern schafft eine unverkennbar ernste Lage.

•

Mobilmachung in Frankreich?

Genf, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin" meldet: Der Ministerrat hat angeordnet, daß dem Kriegsminister die Ermächtigung zur Wiedereinberufung von vier Jahresklassen erteilt werde.

•

Rumänen zur Unterstützung Polens

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „New York Herald" schreibt: Die französische Regierung hat der englischen Regierung vorgeschlagen, Rumänien zu ermächtigen, eine Offensive gegen die Rote Armee von der bessarabischen Seite her zu unternehmen. Die Rumänen seien bereit, Polen zu unterstützen. Als Gegenleistung verlangen sie die Anerkennung ihrer Rechte in Bessarabien. Der französische Plan geht dahin, die Rumänen durch alliierte Kontingente zu verstärken, und zwar mit aus Kleinasien zurückgezogenen Truppen. Anderseits verkennt man nicht, daß es jetzt bereits zu spät sei, um Warschau noch zu retten.

•

Die Flucht aus Warschau

Wie der „Berl. Lokalanz." meldet, haben die polnische Regierung und die Ententevertreter Warschau verlassen und befinden sich auf dem Wege nach Krakau. In Warschau herrscht Panikstimmung. Man fürchtet, daß die Räterepublik ausgerufen werde. Es sei mit dem Eintreffen der russischen Kavallerie vor der Stadt in den nächsten Stunden zu rechnen.

Paris, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau kommt die Meldung, daß die polnische Regierung, falls sie sich veranlaßt fühlen sollte, Warschau zu verlassen, sich nach Kalisch begeben würde, wohin ihr dann auch alle Legationen und Konsulate, mit Ausnahme der tschechischen Legation, folgen würden.

•

Vermutungen über die russische Antwort

Kopenhagen, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) „Evening Standard", der den unionistischen Mitgliedern der englischen Regierung nahesteht, erklärt, von gutunterrichteter Seite zu erfahren, daß Kamenew, der mit Lenins und Trotzkijs Auffassung der Lage vertraut ist, eine für die Alliierten ungünstige Antwort auf das Ultimatum aus Moskau erwartet. Kamenew und Krassin bereiten ihre Abreise vor. Wenn Kamenews Erwartungen in Erfüllung gehen sollten, scheint der Krieg zwischen Rußland und den Alliierten unvermeidlich zu sein. Das englische Kriegsministerium rüstet für alles mögliche.

Churchill und die „rote Barbarei"

Von unserm L-Mitarbeiter

London, 28. Juli

Winston Churchills Artikel in der „Evenings News" über die „Giftgefahr aus dem Osten" erregt hier berechtigtes Aufsehen. Nach der Ansicht, die in hiesigen maßgebenden Kreisen herrschte, solange die russische Gefahr noch nicht akut geworden war, hielte man — wie man das hier ausdrückte — in Deutschland die „Pestfahne" des Bolschewismus zu häufig, als daß sie hier noch Gruseln erregen konnte. Niemand nahm dieses Notsignal mehr ernst; man glaubte nicht an die Wirklichkeit der roten Gefahr für das Deutsche Reich. Jetzt kann man die Augen nicht mehr gegen die Bedrohung der europäischen Zivilisation verschließen, und Churchills Artikel ist ein deutlicher Beweis, daß es in leitenden Kreisen nunmehr für notwendig gilt, das Publikum auf die Gefahr der veränderten Lage aufmerksam zu machen.

Den Massen des englischen Volkes liegt das russische Problem fern, bedeutend ferner als dem deutschen Volke, das bis vor kurzem Rußland zum Nachbarn hatte und den Koloß gegenwärtig wieder gegen seine Grenzen heranrollen sieht. Seit den Tagen der Entente war die Besorgnis vor der russischen Gefahr und damit in den breiten Massen des Publikums das Interesse an der russischen Politik geschwunden. Dann kam der Zusammenbruch des russischen Reiches, und man glaubte man jede Bedrohung des britischen Weltreiches durch den früheren Rivalen in Europa und Asien auf immer beseitigt. Winston Churchill, wohl nächst Lloyd George das hervorragendste, energischste, ideenreichste Mitglied des gegenwärtigen Kabinetts, gehörte zu denjenigen, die sich bei dieser benemen optimistischen Politik nicht beruhigen konnten. Soweit es in seinen Kräften stand, hat er sein Aeußerstes getan, um der Sowjetregierung in Rußland ein Ende zu bereiten. Sein Standpunkt war jedoch kein leichter, da in England, wie in den meisten andern Ländern, unter den Arbeitern starke Sympathie für die russische Räterepublik besteht, während das bürgerliche Publikum trotz aller Schauernachrichten über die Schreckenstaten der Bolschewisten gegen die Gefahr gleichgültig blieb und nur den einen Wunsch hatte, mit militärischen Unternehmungen verschont zu werden. Churchill ist daher wegen seiner sowjetfeindlichen Tätigkeit von den linksstehenden Gruppen im Lande und im Parlament aufs bitterste angefeindet worden, doch ist seine Stellung im Kabinett so stark und er steht so hoch im Ansehen bei seinen Kollegen, vornehmlich beim Premierminister, daß bisher alle Angriffe auf ihn versagten. Offenbar hält er jetzt die Zeit für reif, um erneut mit seiner Warnung vor den Bolschewisten hervorzutreten. Der Artikel, den er in dem sehr populären, ungeheuer verbreiteten Londoner Abendblatt veröffentlicht hat, ist natürlich eine unoffizielle Aeußerung, für die er nur persönlich verantwortlich zeichnet. Immerhin läßt sich die Tatsache nicht hinwegleugnen, daß es sich um Aeußerungen eines Kabinettsministers ersten Ranges handelt, und man wird zweifellos und wohl auch mit Recht vermuten, daß er den Artikel in diesem kritischen Momente schwerlich der Oeffentlichkeit übergeben haben würde, wenn er nicht zu solchem Schritte die Billigung des Kabinetts oder doch zum mindesten das Einverständnis des Premierministers besessen hätte.

Gleichviel wie sich die Ereignisse im Osten gestalten werden, man hält es in maßgebenden Kreisen augenscheinlich für dringend geboten, den Bolschewisten ein Halt zuzurufen. Dem Premierminister wird es bei seinen Bemühungen, den Frieden mit der russischen Republik herzustellen, natürlich nur genehm sein, wenn den Leitern derselben klargemacht wird, daß man entschlossen ist, ihren aggressiven Weltpropagandaplänen energisch entgegenzutreten. Der Hinweis des englischen Kriegsministers auf die Rolle, die Deutschland dabei als „Damm gegen die Flutwelle der roten, aus dem Osten herstürmenden Barbarei" spielen könnte, ist daher von höchster Bedeutung für die deutsche Politik. Es wird der vorsichtigsten Aufnahme und besonnensten Behandlung des hier hingeworfenen Winkes bedürfen, um den wünschenswerten, von Churchill verheißenen und sicher im Interesse Englands wie Deutschlands gelegenen Zweck zu erreichen, nämlich, „die Deutschen sicher und schnell im Verlaufe der Jahre zu ihrem großen Platz im Rate der Christenheit zurückzuführen".

Selbstverständlich hat dieser wichtige Ausspruch Churchills bereits lebhafte Einsprüche von seiten derjenigen Kreise, die Deutschland noch immer für gefährlich halten, besonders von den ausgesprochenen Verfechtern französischer Interessen, hervorgerufen. England ist nun einmal an die französische Politik gebunden, das darf nicht außer acht gelassen werden. In England war man auch selbst bis in die Deutschland wohlgesinnten Kreise von der Notwendigkeit der deutschen Entwaffnung, wie sie in Spa festgesetzt ist, vollkommen überzeugt. Von den Schwierigkeiten der Ausführung und den damit verbundenen Gefahren macht man sich hier nur ein unvollkommenes Bild. Es ist deshalb wundbar, unentwegt und geduldig sachliche Gründe anzuführen, welche die Entente über den wahren Sachverhalt aufklären können, denn es nützt weder etwas, als Besiegter mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, noch zu jammern. Aber Deutschland hat gute und berechtigte Gründe, und diese müssen sachlich und immer wieder sachlich und ohne Uebertreibung belegt werden. Das ist das einzige, was auf die Völker der Entente und ihre Regierungen Eindruck zu machen imstande ist. So urteilen diejenigen, welche die größte Erfahrung und die genaueste Kenntnis der Verhältnisse besitzen, also hierzu am berufensten sind.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200807/1